



Rundschreiben an Abgeordnete des 21. Deutschen Bundestages:

BMI muss gezieltes Vorgehen gegen Privatwirtschaft beenden!

Am 1. Mai 2025 sollte das klassische Passfoto auf Papier ausgedient haben und sollten Lichtbilder für Ausweise, Pässe und Aufenthaltstitel ausschließlich digital aufzunehmen und zu übermitteln sein, um Manipulationen von Lichtbildern durch z.B. Morphing zu verhindern, so will es das Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Pass-, Ausweis- und ausländerrechtlichen Dokumentenwesen vom 11.12.2020. Das ist richtig und wichtig.

Bereits im Gesetzgebungsverfahren hat das BMI nachdrücklich den eigenen Willen zum Ausdruck gebracht, Kommunen ausschließlich mit Aufnahmesystemen der per In-House-Vergabe zu beauftragenden Bundesdruckerei GmbH auszustatten, obwohl es bereits damals seit vielen Jahren aktive Hersteller und Anbieter von innovativen und bewährten Aufnahmesystemen gab. **Diesem Ansinnen des BMI hat der 19. Deutsche Bundestag (BT-Drs. 19/24007) am 05.11.2020 mit SPD/CDU/CSU eine Absage erteilt und klargestellt:**

„Die Gemeinden sollen nicht verpflichtet werden, Lichtbildaufnahmegeräte der Bundesdruckerei in den Antragsprozess einzubinden [...]. **Stattdessen sollen Gemeinden die freie Wahl haben, auch Geräte von privaten Anbietern verwenden zu können [...].** Außerdem: „Wo allerdings die Möglichkeit besteht, ohne Einbußen bei der Sicherheit und der Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit **die Einbindung von privaten Anbietern und damit wettbewerbliche Elemente zu ermöglichen, sollte von dieser Option in größtmöglichen Umfang Gebrauch gemacht werden.**“

Daraufhin haben mehrere mittelständische Unternehmen auf eigene Rechnung und im Vertrauen auf den Markt und den Respekt vor dem Willen des Parlaments in die Fort- und Neuentwicklung von Aufnahmesystemen für Kommunen aller Größenordnungen und die Erfüllung der neuen Anforderungen investiert. Es waren Systeme der Privatwirtschaft, die bereits im Oktober 2024 als erste Systeme zur Erfassung von Lichtbild (und teilweise auch Fingerabdrücken) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nach der relevanten Technischen Richtlinie BSI TR-03121-3.2 Version 6.0 zertifiziert wurden.

Um ihre Verpflichtungen zum 1. Mai 2025 pünktlich erfüllen zu können, haben sich zwischenzeitlich viele hundert Kommunen für Lösungen der Privatwirtschaft entschieden und Verträge wegen mehrerer tausend Geräte abgeschlossen, was dem BMI gewiss nicht entgangen sein dürfte.

Während die Privatwirtschaft immer mehr Kommunen mit ihren bereits verfügbaren Lösungen überzeugte, führte die Bundesdruckerei GmbH im Auftrag des BMI im Mai 2024 eine sog. „Bedarfsabfrage“ durch. Ein wesentlicher Punkt der Bedarfsabfrage war, dass eine ausbleibende Rückmeldung bzgl. der vorgeschlagenen Gerätezahl für die Bundesdruckerei



GmbH als Zustimmung zum Angebot gelte. Mit Rundschreiben vom 13. Februar 2025 hat das BMI informiert, dass die Bundesdruckerei GmbH nach Rücksprache mit dem BMI Stornierungen der verbindlichen Bestellungen nicht mehr akzeptiere. Parallel hat dazu das BMI Kontakt zu den Fachverfahrensherstellern aufgenommen und immer wieder betont, dass man eine kostenneutrale bzw. kostengünstige Integration der von der Bundesdruckerei bereit gestellten Geräte erwarte.

Es ist mit dem geltenden deutschen Recht schlicht nicht vereinbar, aus einer Nicht-Rückmeldung auf eine Bedarfsabfrage eine Zustimmung zu einem Angebot und weiter eine verbindliche Bestellung zu konstruieren und Kommunen zur Abnahme nicht gewünschter und benötigter Aufnahmesysteme zu drängen, zumal deren Lieferung wohl in vielen Fällen nicht pünktlich erfolgen wird.

Das BMI musste bereits einräumen, dass die Ausstattung der Kommunen mit Aufnahmesystemen der Bundesdruckerei GmbH nicht rechtzeitig abgeschlossen sein wird. Und obwohl die Bundesdruckerei GmbH bereits im ersten Halbjahr 2024 kommunizierte, dass für ihre Aufnahmesysteme eine Zertifizierung vorliege, wurde bis heute kein entsprechendes Zertifikat auf der Website des BSI veröffentlicht.

Wohl vor diesem Hintergrund hat das BMI mit Rundschreiben vom 31. März 2025 – also nur einen Monat vor dem relevanten Stichtag, dem 1. Mai 2025 – informiert,

- dass die Nutzung der Aufnahmesysteme der Bundesdruckerei GmbH für die Kommunen nunmehr kostenlos sei (statt hierfür 6 Euro (Stand: Nov. 2023) bzw. 3,95 Euro (Stand: Okt. 2024) pro Nutzung zahlen zu müssen),
- dass die Bundesdruckerei GmbH im Auftrag des BMI durch die Ausstattung von Kommunen mit Aufnahmesystemen einen Beitrag zur Daseinsfürsorge leiste, ohne jedoch zu erklären, wie die Kosten i.H.v. 171 Mio. für einen Zeitraum von 5 Jahren finanziert werden sollen,
- dass für einen Übergangszeitraum bis zunächst 31.07.2025 – unter bestimmten Umständen – weiterhin Papierbilder akzeptiert werden, wohl um sich nicht die Blöße einer Verschiebung des Stichtags zu geben.

Die kurzfristigen und nicht zu erwartenden Änderungen der Gebührenvorschriften wiederum sorgt nun dafür, dass alle Fachverfahrenshersteller kurzfristig ihre Software anpassen müssen und Kommunen nun im Rolloutprozess stark zurückgeworfen werden. Dies zeigt: Zentralisierung führt nicht zu besseren oder effizienteren Prozessen!

Das gesamte Verhalten des BMI bei der Erstellung von Passfotos zielt offensichtlich darauf ab, die Privatwirtschaft zu schädigen und aus dem Markt zu drängen. Dies ist in einem Rechtsstaat wie Deutschland nicht nachvollziehbar und diskriminiert die Wirtschaft auf das Äußerste. Die Lichtbildaufnahme ist keine hoheitliche Aufgabe!



DATABUND

Bundesverband der mittelständischen IT- Dienstleister und
Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e. V.

Wir fordern von der neuen Bundesregierung, den Willen des Parlaments durchzusetzen und einen fairen Wettbewerb der Lösungen zuzulassen und die Verschwendung von Steuermitteln zu verhindern. Bei Einbeziehung des Marktes wird es qualitativ bessere, vielfältigere und vor allem effizientere Lösungen geben!

Wir appellieren an die neue Bundesregierung und alle Parteien des Deutschen Bundestages in allen Ressorts, sowie an alle Behörden, die Ausgrenzung der Privatwirtschaft zu beenden!

Berlin, den 23.04.2025

DATABUND e.V.
Der VORSTAND

Verantwortlich:

DATABUND e.V.
Seeburger Str. 25
13581 Berlin
Vorstandsvorsitzender
Sirko Scheffler
info@DATABUND.de
Tel. 030-220661600
www.DATABUND.de